

Das Arbeitspapier der EU über die Definition von Antisemitismus wurde von der EU nie verabschiedet. Dennoch wird es immer wieder benutzt, als ob es sich um eine von der EU für gültig gehaltene Definition handelt, hauptsächlich um die Palästina-Solidaritätsarbeit zu verunglimpfen. Dieser Artikel, aus dem Jahr 2012 klärt den Ursprung der Definition.

Israel-Lobby benützt die diskreditierte Antisemitismus-Definition um die Debatte mundtot zu machen

Ben White, Electronic Intifada

In der Verwaltung der Universität von Kalifornien wird darüber nachgedacht welche Maßnahmen gegen Reden und Aktivitäten die mutmaßlich antisemitisch sind, ergriffen werden können. Es wird überlegt, ob einem sieben Jahre alten Dokument zugestimmt werden soll, das obwohl es keinen offiziellen Status hat, oft als die „Arbeitsdefinition von Antisemitismus der Europäischen Union“ bezeichnet wird.

Obwohl die Verwaltung zu erkennen gegeben hat, dass es darum geht jüdische Studenten zu schützen, weist genaues Hinsehen daraufhin, dass die tatsächlichen Gründe darin liegen, Solidaritätsaktionen für Palästina und Kritik an Israel im Unterrichtsraum zu unterdrücken.

Im Juli wurde ein Bericht des Beratungsgremiums der Universität zur Atmosphäre auf dem Campus, Kultur und Inklusion veröffentlicht: (forward.com/news/160355/u-of-calif-weighs-banning-hate-speech/?p=all)

Richard Barton, Vorsitzender für Bildungsangelegenheiten der Anti-Defamation-League – einer der mächtigsten pro-Israel Lobbygruppen Amerikas, ist Co-Direktor des Gremiums. Der Bericht der ADL behauptet, dass Palästina-Solidaritätsaktionen das Gefühl jüdischer Studenten dazuzugehören untergrabe und eine feindliche Umgebung erzeuge.

Die Empfehlungen des Berichts beinhalten die Übernahme einer Definition von Antisemitismus um gegenwärtige Vorkommnisse zu identifizieren, die dann von der Universitätsverwaltung für ihre Nicht-Diskriminierungs- oder Anti-Bedrohungsstrategie gebilligt würde.

Der Bericht erwähnt speziell „eine Arbeitsdefinition von Antisemitismus“ die von der Europäischen Union entwickelt wurde, eine Referenz zu einem im Jahr 2005 verfassten Entwurf, den das Zentrum *European Union's Monitoring Centre on Racism and Xenophobia*, mit Sitz in Wien publiziert hatte. Später wurde das Zentrum in *Fundamental Rights Agency* umbenannt. (electronicintifada.net/tags/eu-monitoring-center-racism-xenophobia)

Eine der zionistischen Gruppen die dies enthusiastisch begrüßte, war *StandWithUs*, deren Vorsitzende Roz Rothstein die Idee einer „Definition von Antisemitismus“ eine der wichtigsten Empfehlungen des Reports nannte. (standwithus.com/news/article.asp?id=2380)

Die Referenz zur „Arbeitsdefinition der EU“ behauptete sie erkenne an, dass antiisraelischer Extremismus eine Form eines „neuen Antisemitismus“ sei.

Ende August, einen Monat nach der Veröffentlichung des Berichts, verabschiedete Kalifornien eine nicht bindende Resolution die Kaliforniens Colleges und Universitäten dazu drängt aufkeimenden Antisemitismus zu unterdrücken... [und] gegen Demonstrationen gegen Israel vorzugehen (yahoo.com/news/calif-lawmakers-denounce-anti-semitism-colleges-081610817.html).

Wie der Bericht der Universität von Kalifornien ruft dieser Beschluss die Universitätsverwaltung dazu auf, die Arbeitsdefinition der EU zu benutzen.

Der Ursprung einer „Definition“

Die Geschichte des Entwurfs einer Arbeitsdefinition von Antisemitismus des *EU Monitoring Centre* im Jahr 2005, der von den Fürsprechern Israels so enthusiastisch in Kalifornien und darüber hinaus angepriesen wird, ist weithin unbekannt – aber sie ist erhellend.

Maßgeblich bei der Entstehung der Arbeitsdefinition war Ken Stern, ein Antisemitismus-Experte im *American Jewish Committee*. Laut Stern, entwickelte er den Text zusammen mit anderen Experten im zweiten Halbjahr 2004; seine Version ist im Wesentlichen identisch mit der die vom *EU Monitoring Centre* im Jahr darauf veröffentlicht wurde (“Proposal for a redefinition of antisemitism” the Stephen Roth Institute, July 2005).

Darüberhinaus gibt es noch zwei andere Schlüsselfiguren im Hintergrund der Initiative. Ken Stern nannte Dina Porat, die damals Leiterin des *Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Anti-Semitism and Racism* an der Universität Tel Aviv war, als diejenige, die als erste die Idee einer allgemeinen Definition artikuliert hätte (kantorcenter.tau.ac.il/sites/default/files/proceeding-all_3.pdf).

Die andere Schlüsselfigur ist Andrew Baker vom *American Jewish Committee*, der so Stern, klugerweise eine Arbeitsbeziehung zur damaligen Direktorin des *EU Monitoring Zentrums*, Beate Winkler entwickelte. Winkler wurde dazu eingeladen beim Jahrestreffen des AJC im Mai 2004 eine Rede in Washington zu halten, wo sie den Delegierten sagte, dass „unserer Ansicht nach die Dämonisierung Israels und die Verneinung des Existenzrechts Israels klar antisemitsch sei“ (kintera.org/site/apps/nl/content3.asp?c=ijITI2PHKoG&b=871779&ct=1125009).

Nach Aussage des Autors und ehemaligen Direktors des *Institute for Jewish Policy Research* Antony Lerman, war Baker mit Winkler im Kontakt, nach einer Kontroverse über einen Bericht aus dem Jahr 2003, der vom *EU Monitoring Centre* wegen Problemen die eine Definition von Antisemitismus enthielt, fallengelassen worden war (forward.com/news/7158/eu-accused-of-burying-report-on-antisemitism-point/).

Baker schlug Winkler vor, zügig ein Treffen von [jüdischen Anführern, Aktivisten und Rechercheuren] zu organisieren, um eine zufriedenstellende Definition von Antisemitismus zu entwerfen (antonylerman.com/2011/06/02/the-farcical-attack-on-the-ucu-for-voting-against-use-of-the-eumc-working-definition-of-antisemitism/).

Laut Lerman wußte [Baker], dass diejenigen die zu dem Treffen eingeladen wurden, dem Konzept des „neuen Antisemitismus“ gegenüber aufgeschlossen sein mussten und ... er konnte bestimmen wer teilnahm. Während einer Konferenz in Israel im Oktober 2004 am Kantor-Zentrum der Universität Tel Aviv fanden informelle Diskussionen über die Definition statt. Daran nahmen laut Ken Stern, eine Anzahl von Personen teil, u.a. Michael Whine von der Lobbygruppe *Community Security* Großbritanniens, Jeremy Jonas vom *Executive Council of Australian Jewry* und andere Personen des *American Jewish Committee* oder des *Stephen Roth Institute* (Stern berichtet in diesem Protokoll von Reden bei diesem Treffen (kantorcenter.tau.ac.il/sites/default/files/proceeding-all_3.pdf)).

Während sich der Entwurf der Arbeitsdefinition einer endgültigen Version näherte, berichtet Stern über ein „sehr anstrengendes Treffen“ zwischen Winkler, Michael Whine vom *Community Security Trust* und drei Mitarbeitern des *American Jewish Committee* — ihm selbst, Baker und Deidre Berger. Whine äußerte sich ebenfalls über „Verhandlungen über einen endgültigen Entwurf“, an denen Vertreter des AJC und des *European Jewish Congress* beteiligt waren (cst.org.uk/docs/MichaelWhine.pdf).

Die Feinfühligkeit eines Holzhammers

Seit ihrer Veröffentlichung wurde die Definition wiederholt von proisraelischen Fürsprecher-Gruppen zitiert, um Palästina-Solidaritätsaktivitäten anzugreifen — in Ken Sterns eigenen Worten im oben zitierten Programm der Konferenz des Kantor-Zentrums — „mit der Feinfühligkeit eines Holzhammers“.

Israel-Lobbyisten haben die Natur des Textes und seinen Inhalt oft falsch dargestellt. Richard Barton von der Anti-Defamation League, einer der Autoren des „Campus Climate“-Berichts der Universität von Kalifornien versuchte den Eindruck zu erwecken, dass der Entwurfstext einen offiziellen Status hätte, indem er ihn die „Definition der EU von Antisemitismus“ nennt (sfgate.com/opinion/openforum/article/Protests-must-not-stray-into-anti-Semitism-3811364.php).

Eine Arbeitsgruppe „combating Anti-Semitism“ auf dem Global-Forum-Treffen der israelischen Regierung 2009, die von Michael Whine, vom *Community Security Trust* geleitet wurde, beschrieb den Entwurf als „die Definition von Antisemitismus der Europäischen Union“.

Die Definition wurde in einer Reihe von Fällen aktiviert um Palästinasolidaritäts-Aktivitäten, speziell an Universitäten, zum Schweigen zu bringen. Aktivitäten während der *Israeli Apartheid Week*, eine jährliche Reihe von Veranstaltungen an Universitäten u.a. weltweit, ist zum Ziel der Aufmerksamkeit geworden.

Im Februar diesen Jahres bat das Simon Wiesenthal Center, eine zionistische Organisation mit Sitz in Los Angeles, das französische Innenministerium die „Israel-Apartheid“-Konferenz an der Universität von Paris VIII und in Frankreich insgesamt abzusagen indem es behauptete, dass die Veranstaltungswoche eine „klare Verletzung der Arbeitsdefinition von Antisemitismus der *European Union Fundamental Rights Agency*“ sei. („Cancel ‘Israel Apartheid’ conference at Paris university as threat to public order and a danger to the Jewish community,“ Simon Wiesenthal Center, 15.02.12).

Eine Konferenz, die eine Einstaatenlösung für die Situation in Israel-Palästina an der Harvard Universität im März diskutieren wollte, wurde in einem Artikel, der von der zionistischen Gruppe *Committee for Accuracy and Fairness in Middle East Reporting in America* publiziert wurde, als „Ausgeübter Antisemitismus“ beschrieben, laut der „Arbeitsdefinition von Antisemitismus“ (camera.org/index.asp?x_context=2&x_outlet=118&x_article=2194).

NGO Monitor — eine zionistische Gruppe die regelmäßig Menschenrechtsorganisationen verunglimpft — drückte sich ebenfalls schroff aus: „Kampagnen, die Israel explizit herausgreifen verletzen die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der Europäischen Union“ („Protestors Rebuffed in Call For TIA-CREF Anti-Settlements Boycott“ („*The Jewish Week*, 20 July 2011).

Richard Cravatts, derzeitiger Präsident der pro-israelischen Watchdog-Gruppe *Scholars for Peace in the Middle East* denkt, dass es für „Judenhasser“ an Universitäten schwieriger werde sich gegen Antisemitismusrwürfe zu verteidigen, indem er zustimmend die Bedeutung der Arbeitsdefinition anführt („Antisemitismus and the Campus Left“, *Journal for the Study of Antisemitism*, Vol. 3:2801 [PDF]).

Nicht länger in Betrieb

Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. Nicht nur hat die Israel-Lobby die Arbeitsdefinition falsch dargestellt und übertrieben, sondern die *Fundamental Rights Agency* der EU hat sie stillschweigend in der Schublade gelassen.

Im Jahr 2005, als das Dokument veröffentlicht wurde, ließ das damalige Zentrum *European Union's Monitoring Centre on Racism and Xenophobia* erkennen, dass es einen Überprüfungsprozess geben werde, nachdem verschiedene Datenerhebungsorganisationen in EU-Ländern ein Feedback über seine Funktionalität gegeben hatten. Drei Jahre später informierte die *Fundamental Rights Agency* die britische Regierung darüber, dass das Feedback und die Kommentare die Aufmerksamkeit auf verschiedene Aspekte ziehen würde, die Auswirkungen auf die Effektivität der Definition als Werkzeug zur Datenerhebung habe.

(gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/228565/7381.pdf)

Der Autor bat den Leiter des *Fundamental Rights Agency's Equality and Citizens' Rights Department* Ioannis Dimitrakopoulos um eine Klärung. Er sagte, dass es während der Diskussionen mit Beobachtern von Rassismus und Xenophobie innerhalb der EU deutlich wurde, dass es kein Interesse von Datenerhebern gäbe die Arbeitsdefinition zu übernehmen oder anzuwenden. Er bestätigte darüber hinaus, dass die *Fundamental Rights Agency*, [den Entwurf der Arbeitsdefinition] nicht weiter entwickeln würde und fügte hinzu „dass die Agentur „keine rechtliche Kompetenz hätte eine solche Definition selbst zu entwickeln“.

Die Erklärung der *Fundamental Rights Agency* bestätigt was diejenigen die die Angelegenheit sorgfältig untersucht haben bereits vermuteten. David Feldman, Direktor des in London ansässigen *Pears Institute for the Study of Anti-Semitism* sagte mir gegenüber „das die Arbeitsdefinition des EUMC (*European Union's Monitoring Centre on Racism and Xenophobia*) soweit ich es verstehe, nie eine offizielle EUMC-Position war“. Die *Fundamental Rights Agency*

scheine anders vorzugehen und habe eine Untersuchung in Auftrag gegeben, die sich auf die Wahrnehmung und Erfahrungen von Juden mit Antisemitismus konzentriere.

Brian Klug, wissenschaftlicher Referent an der Universität von Oxford, hat die Debatte verfolgt und stimmt zu: „Das Dokument wurde erstens weder vom EUMC gebilligt, noch von seiner Nachfolgerin der FRA *Fundamental Rights Agency*“, sagte er. „Zweitens ist es mehr ein Diskussionspapier als eine Definition. Drittens ist es soweit ich weiss nicht 'in Betrieb' — weder im Sinne von irgendwelchen Plänen seitens der FRA es zu überarbeiten, oder im Sinne von Anwendung der Vollzugsbehörden in Europa.“

Interessanterweise geben Unterstützer der Arbeitsdefinition dies gelegentlich zu.

In seiner Rede in Washington letzten Dezember gab Andrew Baker vom AJC zu, dass das Dokument noch immer einigen Widerspruch erfahre, inklusive von der Nachfolgeorganisation der EUMC und fügte aufschlussreich hinzu: „Deswegen lohnt es sich, wenn immer möglich, es zu wiederholen“ (Transcript: Hearing — Combatting anti-Semitism in the OSCE region: Taking stock of the situation today” Commission on Security & Cooperation in Europe, 2 December 2011).

2010 sagte Michael Whine vom *Community Security Trust*, dass die *Fundamental Rights Agency* Partnerorganisationen innerhalb der EU nicht einmal mitteile, dass die Definition existiert, ganz abgesehen davon, sie aufzufordern diese zu benutzen.

Verunglimpfen

Pro-israelische Gruppen nutzen die *Definition des European Union's Monitoring Centre on Racism and Xenophobia* im Zusammenhang der Bestrebungen der israelischen Regierung, die internationale Kampagne für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) anzugreifen. Von besonderem Interesse ist hier das *Global Forum for Combating Anti-Semitism* deswegen, weil es Überschneidungen gibt zwischen seinen Teilnehmern und denjenigen die daran beteiligt sind die Arbeitsdefinition zu entwerfen und zu forcieren (und weil es vom israelischen Außenministerium geleitet wird).

Auf der Konferenz des *Global Forum for Combating Anti-Semitism* im Jahr 2007, z.B. beschäftigten sich Arbeitsgruppen mit Themen wie „Akademischer und wirtschaftlicher Boykott: Präventive Strategien“ in Westeuropa und „Maßnahmen und Reaktionen auf feindliche Fakultäts- und Studentengremien“ unter „Antisemitismus in Hochschulen“ (mfa.gov.il/mfa/pressroom/2007/pages/global%20forum%20for%20combating%20antisemitism%20to%20hold%20conference%208-feb-2007.aspx)

Auf der Konferenz 2009, die von Israels Außenminister Avigdor Lieberman geleitet wurde, wurde eine Arbeitsgruppe zur Bewältigung von BDS eingerichtet.

Die Gruppe beschrieb BDS als „traditionelle Bigotterie“ und sprach über einen Fünfjahresplan der die Umsetzung „gesetzliche Verbote gegen BDS“ beinhalte und dabei „unterschiedliche gesetzgeberische Traditionen“ berücksichtigt (docs.google.com/file/d/1BjSkDhUncurw8xkEtfDnHuuPGGleKKJAYpqbWdBG_CpG76NakCUtbEANECh1/edit?hl=en_US&pli=1)

Die wahre Geschichte der Arbeitsdefinition des *European Union's Monitoring Centre on Racism and Xenophobia* unterstreicht das Ausmaß, mit der einige versuchen diejenigen zu unterminieren die den Kampf der PalästinenserInnen um ihre grundlegenden Rechte unterstützen.

Der derzeitige Fokus auf die Universität von Kalifornien ist eine wichtige Gelegenheit sich der Anwendung der „Definition“ zu widersetzen, die zweifellos eine Auswirkung auf die Fähigkeiten der Studenten und der Fakultät haben würde, sich für die palästinensischen Rechte einzusetzen — und den echten Kampf gegen antijüdischen Rassismus schädigen würde. 28. 09.2012

Übersetzung: M. Kunkel, Pako, palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: electronicintifada.net/content/israel-lobby-uses-discredited-anti-semitism-definition-muzzle-debate/11716